

## **Beschluss**

### **Überlegungen zum Wahlausgang – Ein Diskussionsangebot**

Das Ergebnis zur Wahl des Landtages ist für DIE LINKE eine deutliche Niederlage. Dies musste am Wahlabend und in den folgenden Tagen immer auch so benannt werden. Davon ist auch jetzt nichts zurückzunehmen. Der Stimmenverlust von 5,2 Prozentpunkten bzw. rund 19.000 Stimmen erfordert eine sorgfältige Wahlanalyse. Schon jetzt ist klar, dass wir einige Gründe für die Wahlniederlage nicht beeinflussen konnten, anderes aber schon. Die Wählerinnen und Wähler haben das nachvollzogen, was in anderen Bundesländern bereits stattgefunden hat. Mit dem Einzug der AfD in den Landtag vollzieht sich eine Umwälzung des Parteiensystems. Mit Ausnahme von Thüringen und Berlin hat DIE LINKE in den ostdeutschen Ländern bei den letzten Wahlen überall verloren. Gerade mit Sachsen-Anhalt ist die Situation vergleichbar. Beide Wahlen fanden unter dem gleichen bundespolitischen Eindruck statt. Der Abstand zwischen AfD und LINKEN beträgt in beiden Fällen acht Prozent. Das Ergebnis ist aber nicht nur für DIE LINKE in M-V eine Niederlage, sondern für die DIE LINKE generell. Die Erosion unserer WählerInnenbasis in Ostdeutschland, aber auch der verpasste Einzug in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz muss für die Bundespartei ein Weckruf sein. Auch in Berlin muss die Frage gestellt werden, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Dies entlastet aber den Landesverband der LINKEN. M-V nicht, selbst eine tiefgründige Analyse vorzunehmen und Schlussfolgerungen aus der eigenen Wahl zu ziehen. Dabei darf es kein Tabu geben, über alle Inhalte, Strukturen und Personen darf und muss gesprochen werden.

### **Relative Zufriedenheit...**

DIE LINKE. M-V war in diesem Wahlkampf mit schwierigen Ausgangsbedingungen konfrontiert. Einerseits zeigt die hohe Zufriedenheit mit den persönlichen wirtschaftlichen Lebensumständen, dass die eigene Situation oftmals positiv eingeschätzt wird. CDU und SPD haben diese Stimmung verstärkt, indem sie die Probleme und Herausforderungen des Landes nicht thematisierten. Weite Teile der Bevölkerung scheinen Hoffnung zu schöpfen, dass die krassesten Auswirkungen des Kürzens und des Strukturabbaus vorbei sind und sich das Land nunmehr in einer Konsolidierungsphase befindet. Dies ist kein Treibsatz für einen politischen Wechsel.

### **...bei gleichzeitiger Zukunftsangst**

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die Wahrnehmung diffuser Zukunftsängste spürbar zunimmt. Dies ist nicht erst mit der gestiegenen Zuwanderung zu beobachten, der verstärkte Zuzug von Migrantinnen und Migranten wirkt jedoch als Katalysator. An den Zugewanderten können die eigenen Zukunftsängste festgemacht werden. Ein Gutteil der Menschen ist beunruhigt, eine Mehrheit schaut eher mit Angst als mit Zuversicht in die Zukunft. In den letzten beiden Jahren nahm die gefühlte allgemeine Unsicherheit deutlich zu. Nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen glaubt, dass sie im Alter einen sozialen Abstieg vermeiden können. Insbesondere die mittlere Generation rechnet fest mit wirtschaftlich schlechteren Zeiten. In diesem Umfeld wundert es nicht, dass die Menschen dazu neigen, am Bestehenden festzuhalten. Verlustängste verschließen die Menschen und machen sie auch für DIE LINKE weniger empfänglich. Der Protest, die jahrelange Oppositionsarbeit der LINKEN, wurde im Moment der Wahl von der AfD aufgesaugt.

### **Frust, aber Wunsch nach Stabilität**

Bei allen Landtagswahlen in 2016 war der gleiche Trend erkennbar. Während alle Parteien nach und nach in den Umfragen sanken, wurden die Ministerpräsidenten als Symbole der Stabilität gestärkt. In

der heißen Phase des Wahlkampfes legte in M-V die SPD wieder zu und konnte mobilisieren, während LINKE und Grüne verloren. Erwin Sellering wurde als Galionsfigur vorangestellt. Er hat einen hohen Bekanntheitswert und die Beliebtheitswerte sind im Vergleich zu Lorenz Caffier und Helmut Holter deutlich höher. Auch die LINKEN-Anhänger und selbst ein Drittel der AfD-Anhänger würden Sellering laut Umfragen wählen.

### **LINKES Stammwählerpotential verringert sich, neue WählerInnen wachsen nach**

Erfolgreich Wahlen zu bestehen wird für DIE LINKE seit einigen Jahren auch aus demografischen Gründen immer schwieriger. Wir verlieren, mehr als jede andere Partei, Stimmen aufgrund des Generationenwechsels. Das Wahlergebnis zeigt, wir haben überproportional viele Wählerinnen und Wähler in der Altersgruppe der über 60-jährigen. Die Wählerinnen und Wähler im erwerbsfähigen Alter votieren für uns hingegen nur unterdurchschnittlich. Erst in der Altersgruppe der 18 bis 24-jährigen erzielen wir eine ähnlich hohe Zustimmung wie bei den Älteren. Dies zeigt, dass das demografische Tal noch nicht durchschritten ist und auf absehbare Zeit nicht durchschritten sein wird. Auch verändert sich zunehmend die Zusammensetzung der Bevölkerung. Es nimmt der Anteil gut situerter AkademikerInnen im Rentenalter an der Wahlbevölkerung ab. Diese wählen uns traditionell und überdurchschnittlich. Stattdessen steigt der Anteil der Arbeitslosen und derer mit einfachen Bildungsabschlüssen. Dieses Milieu erreichen wir nicht in gleichem Maße, um die Verluste auszugleichen. Unsere Wahlstrategie und unser Programm zur Landtagswahl waren darauf ausgerichtet, vor allem jenen Menschen Perspektiven zu eröffnen, die vom steigenden gesamtgesellschaftlichen Reichtum abgekoppelt sind. Gerade bei den Wählerinnen und Wählern mit niedriger Bildung sowie Arbeiterinnen und Arbeitern hat DIE LINKE jedoch die höchsten Verluste eingefahren. Es ist uns nicht gelungen, ihnen unsere Vorstellungen einer besseren Gesellschaft zu vermitteln und realistische Durchsetzungsoptionen aufzuzeigen. Der LINKEN ist es ebenso nicht gelungen, die Menschen für ihr Programm, für ihre Zukunftsvision zu öffnen und deutlich zu machen, dass sich mit einer Wahlentscheidung für DIE LINKE ihre Lebensumstände tatsächlich und konkret verbessern würden.

### **Zwischen den Polen**

Die ungewissen Zukunftsängste der Bürgerinnen und Bürger spielen der AfD in die Hände. Einerseits haben wir den Status als Protestpartei an die AfD verloren. DIE LINKE wird als Teil des etablierten Parteiensystems wahrgenommen und ist in dieser Situation nicht in der Lage, diese Stimmen auf sich zu vereinen. Andererseits konnte sie als Partei in der Opposition auch nicht von der gestiegenen Zufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Situation profitieren. DIE LINKE wurde nicht als Regierungsoption wahrgenommen. Wir fanden uns zwischen diesen beiden Polen wieder, waren gewissermaßen in einer Sandwich-Position. In dieser Situation konnten wir unseren Stimmanteil weder in die eine, noch in die andere Richtung ausbauen. Daraus schlussfolgernd müssen wir unsere Rolle, unsere Aufgabe in dieser Gesellschaft neu definieren.

### **Organisationsgrad der Partei nimmt weiter ab**

Die Leistungsfähigkeit unserer Parteibasis hat weiter abgenommen. Insbesondere im ländlichen Raum wird die Partei kaum wahrgenommen. Die Herausforderung für kommende Wahlkämpfe und eine regelmäßige Parteiarbeit wird größer und absehbar nicht mehr in diesem Umfang zu leisten sein. Allerdings wurden in der Wahlkampagne die bestehenden Potentiale auch nicht vollständig genutzt. Unterstützungsangebote aus personell besser ausgestatteten Kreisverbänden wurden teilweise nicht wahrgenommen. Die geschlossene Wahlkampfunterstützung von Mitgliedern und Sympathisanten der Partei war nicht überall der Fall. In Einzelfällen traten Mitglieder und Sympathisanten von uns überhaupt nicht in Erscheinung. Insofern ist es zwar richtig, angesichts der älter werdenden Partei eine geringer werdende Mobilisierungsfähigkeit festzustellen, es ist aber auch wahr, dass nicht alle zur Verfügung stehenden Kräfte mitgemacht haben. Auch die thematische Unsicherheit zu einigen unserer Positionen hat zu Passivität von Mitgliedern im Wahlkampf geführt.

## **M-V braucht eine starke LINKE**

Obwohl hoffnungsvolle Signale nach einem Neuanfang für das Land vernehmbar waren, und die AfD mit ihrem Wahlergebnis deutlich die große Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten im Land abgebildet haben, hat sich die SPD für ein „Weiter so“ mit der CDU entschieden. Dies kann für unsere Partei nicht zufriedenstellend sein, weil auch wir den Anspruch haben, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, die mit Regierungsverantwortung verbunden sind. Damit vergibt die SPD die Chance auf eine stärker sozial und demokratisch ausgerichtete Politik für M-V. Einen Nachteilsausgleich für abgehängte Regionen wird es mit dieser Landesregierung nicht geben. Infrastruktur wird weiter kaputtgespart, berechnete Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner werden weiter vom Tisch gewischt. Die Probleme des Landes werden weiterhin ignoriert, eine selbstkritische Betrachtung der Arbeit der großen Koalition findet nicht statt. Die Entscheidung der SPD ist umso verheerender, weil die Bildung von „Großen Koalitionen“ immer auf eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners hinausläuft. Damit wird den Bürgerinnen und Bürgern die Wahlmöglichkeit genommen, indem der politische Richtungsstreit marginalisiert wird. Das Erstarken der AfD ist nicht zuletzt auf die „Großen Koalitionen“ in Land und Bund zurückzuführen. Die AfD wird auch als größere Oppositionsfraktion nicht in der Lage und nicht Willens sein, die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner aufzunehmen. Die bisherigen Erfahrungen aus anderen Landtagen zeigen, dass die Fraktionen zerrissen sind und Personalquerelen den politischen Alltag bestimmen. Ihr Landtagswahlprogramm zeigt klar, dass ihre Politikvorstellungen asozial sind. Die AfD propagiert eine Politik der sozialen Auslese. Die Wertevorstellungen der AfD orientieren sich an einem verklärten Bild der Vergangenheit. Nicht zuletzt bleibt die AfD eine ausländerfeindliche Partei, indem sie die faktische Abschaffung des Rechts auf politisches Asyl fordert. Vor diesem Hintergrund bleibt es die Aufgabe der LINKEN all jene zu vertreten, die in ihrem Alltag von Ungleichheit betroffen sind. Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Menschen mit Migrationshintergrund, in Altersarmut Lebenden, Familien mit Kindern sowie sozial und gesellschaftlich benachteiligten Frauen werden wir weiterhin eine Stimme geben. Tun wir dies nicht, bleiben diese Menschen ungehört. Gleichzeitig ist uns ein wichtiges Anliegen, die Belange jüngerer Generationen zu berücksichtigen. Jetzt müssen die politischen Entscheidungen getroffen werden, die darüber entscheiden, ob Leben und Arbeiten in M-V eine gute Zukunft haben.

## **Alles muss auf den Prüfstand**

Die Erfahrungen zeigen, dass Koalitionen links von der Mitte vorbereitet werden müssen, sie brauchen gesellschaftlichen Widerhall. Dies ist auch für den Stellenwert der LINKEN in einer Koalition von Belang, weil wir nur dann in der Lage sind, selbstbewusst unsere Positionen durchzusetzen. Die erste Periode rot-roter Regierungen in Ostdeutschland zeigt, DIE LINKE ist schlecht beraten, wenn sie durch Gnade der SPD mit am Kabinetttisch sitzen darf. Vielmehr geht es darum, Regierungspolitik glaubhaft und für die Wählerinnen und Wähler nachvollziehbar nach links zu verschieben. Koalitionen mit der LINKEN finden auf Augenhöhe oder gar nicht statt. Um diesen Anspruch durchzusetzen, braucht DIE LINKE einen größeren gesellschaftlichen Rückhalt. Diesen zu organisieren ist die Hauptaufgabe für die nächsten fünf Jahre. Diese parteipolitische Herausforderung ist die größte vor der wir jemals standen. Die Bedingungen, sie zu bewältigen, sind nicht einfacher geworden. Dies hat mit der geringeren werdenden Organisationsfähigkeit unserer Partei zu tun. Aber auch die verlorenen Mandate in der Landtagsfraktion werden fehlen. Dies betrifft die FachpolitikerInnen, die mit ihrem Fachwissen auch das Bild unserer Partei geprägt haben. Gleichzeitig fehlen auch die personellen und finanziellen Ressourcen, die mit einem gewonnenen Landtagsmandat einhergehen. Wenn wir die kommenden Jahre nutzen wollen, um uns in eine gute Ausgangssituation für zukünftige Wahlen zu bringen, schaffen wir das nur, wenn wir jetzt alle Strukturen, Inhalte und Personen auf den Prüfstand stellen.

## **Schlussfolgerungen**

Wir wollen unsere Position im „strategischen Dreieck“ aus Protest, Gestaltung und über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen neu bestimmen. DIE LINKE wird nur erfolgreich sein, wenn sie die sich ihr bietenden Möglichkeiten nutzt, positive Veränderungen auch durchzusetzen. Gleichzeitig ist es notwendig, den gesellschaftlichen Druck für Veränderungen durch eine

Unterstützung des Protests zu verstärken. Schließlich ist es an uns, einen Sozialismusbegriff zu definieren, der auch im 21. Jahrhundert wieder Strahlkraft entfalten kann.

Wir wollen in einem auf die nächsten Jahre angelegten Prozess ein Leitbild der Landespartei entwickeln, welches klar darüber Auskunft gibt, welchen Mehrwert DIE LINKE für die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes haben kann. Die Wählerinnen und Wähler wollen nicht unsere Partei verstehen, vielmehr erwarten sie, dass wir sie verstehen. Deshalb wollen wir auf ihre Zukunftsängste eingehen und die Voraussetzungen dafür ermitteln, damit diese Menschen wieder mit mehr Zuversicht in die Zukunft schauen können.

Wir berufen für die Leitbild-Debatte eine Vorbereitungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Landesvorstandes (2), der Landtagsfraktion (2), der Kommunen (8), Zusammenschlüsse (2), Jugendverband (2), Landesausschuss (1) sowie Multiplikatoren-Netzwerke je nach Thema ein. In einem weiteren Schritt werden Regionalkonferenzen in den Kreisen durchgeführt, die eine breite Teilnahme der Basis ermöglichen. Diese sollten in Zusammenarbeit mit den Geschäftsstellen und Ortsgruppen des Jugendverbandes vorbereitet werden. Ziel ist es im Bundestagswahlkampf gestärkt arbeitsfähig zu sein.

Wir wollen Alternativen zur Regierungspolitik entwickeln. Der inhaltliche Leitfaden bleibt für uns das Programm zur Landtagswahl und die daraus abgeleiteten Zukunftsprojekte. Die Alternativen sollen in enger Abstimmung mit Partnern entstehen. Dies sind gesellschaftliche Initiativen, Interessenvereinigungen, Bürgerinitiativen, Akteure vor Ort, die für Zukunftsperspektiven und einen demokratischen sowie sozialen Ausgleich in der Gesellschaft eintreten. Regelmäßig werden wir Sachverständige aus der Gesellschaft zur Beratung hinzuziehen. Mit „Bürgeranträgen“ wollen wir engagierten Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit geben, parlamentarisches Gehör zu finden. Es sollen Projekte zur Beteiligung von EinwohnerInnen in der Kommunalpolitik entwickelt werden. Wir wollen uns für eine Debatte in der Bundespartei einsetzen, mit dem Ziel, Konzepte und Ansprachen zu entwickeln, die auf die Erosion unserer WählerInnenbasis reagieren. Wir riskieren nicht nur künftige Wahlerfolge, sondern die Zukunft unserer Partei, wenn wir diese Aufgabe nicht meistern. Wir wollen an unsere überdurchschnittliche Zustimmung bei den Jung- und ErstwählerInnen anknüpfen. Unser Ziel ist es, verstärkt junge WählerInnen zu gewinnen und sie langfristig an unsere Partei zu binden. Dazu benötigen wir konzeptionelle, mit Maßnahmen untersetzte Überlegungen. Ein Arbeitskreis aus jungen Mitgliedern unserer Partei, der Landtagsfraktion, dem Studierendenverband und dem Jugendverband soll hierfür Vorschläge erarbeiten.

Wir wollen organisationspolitische Schlussfolgerungen ziehen. Neumitglieder sollen an die Partei gebunden werden. Die bisherigen Strukturen haben nicht funktioniert und reichen dafür auch nicht aus. Künftige Wahlerfolge haben eine Effektivierung der Parteiarbeit zur Voraussetzung. Dazu gehören offene Büros, die Mitgliedschaft und Sympathisierende gleichermaßen erreichen und der Jugendverbandsarbeit Raum geben. Gleichzeitig sollen diese auch soziale Orte sein, in denen wir logistische Hilfe für Stadtteilarbeit, antirassistisches Engagement oder Soziokultur anbieten können und wollen. Mehr Verbindlichkeit und Langfristigkeit und eine zentrale Koordinierung werden in Zukunft wichtig sein. Regionale Schwächen in der Organisation sollen durch eine landesweite Unterstützung abgemildert werden.

Wir wollen unsere Öffentlichkeitsarbeit neu ausrichten. Die politische Kommunikation ist zu verändern, wir wollen „frecher“ auftreten. Dazu gehört die Suche nach neuen Formen, Methoden, Medien und Sprache. Wir wollen Überlegungen zu neuen Veranstaltungs- und Gesprächsformaten anstellen, unser Erscheinungsbild in den sozialen Netzwerken sowie die online-Präsenz im Allgemeinen zukunftstauglich machen. Aber auch unsere klassische Pressearbeit ist mit dem Ziel zu evaluieren, ob unsere Ressourcen tatsächlich effizient eingesetzt werden. Dafür wollen wir uns auch die unabhängige Beurteilung von außen sichern.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine starke LINKE!